



# Waldbacher Tagblatt

## (Enztalbote)



Amtsblatt für W<sup>ald</sup>bad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis halbmonatlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr monatlich 1.50 M. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtskanzlei Heimbach. Zweigst. Wildb. Bankkonto: Enztalbank Komm. & Geb. Haberle & Co. Wildb. Postfachkonto Stuttg. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Beizelle oder deren Raum im Bez. Grundpr. 12 Pfg., auße. 15 einchl. Ink-Steuer. Reklamezeile 30 Pfg. Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Ausunterstellung werden jeweils 10 Pfg. mehr berechnet. Schluß der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. In Kontursfällen od. wenn gerichtl. Beibringung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag u. Hauptredaktion: Theodor Gsch. für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildb.

Nummer 112

Freitag 179

Wildbad, Freitag, den 15. Mai 1925

Freitag 179

60. Jahrgang

### Die Kriegeziele der Entente

Von den deutschen Kriegszielen wird immer und immer gesprochen und gesehelt. Und doch kann man nirgends eine amtliche Kundgebung darüber aufweisen. Zwar an privaten hat es nicht gefehlt; auch Erzberger war anfangs für deutsche Gebietsveränderungen eingetreten. An amtlichen Stellen aber hütete man sich vor jeder derartigen Äußerung. Erstens, weil wir vom Anfang ab ausgesprochen nur einen Verteidigungskrieg zur Erhaltung unseres Besitzstands zu führen uns genötigt sahen, zweitens, weil es nicht die Art der deutschen verantwortlichen Stellen ist, das Bärenfell zu verteilen, bevor man den Bären hat.

Die Entente aber hat, wie die neuen Iswolski-Dokumente (siehe die Mainummer der Südd. Monatshefte) beweisen, ganz unverhohlen, von Kabinett zu Kabinett ihre Kriegsziele festgelegt, und zwar nicht etwa erst von 1917 ab, wo die Aussichten der übermächtigen Gegner von Monat zu Monat sich günstiger gestalteten; sondern diese Pläne gingen in ihren ersten Umrissen bis in die Vorkriegszeit zurück. — Dabei erfahren wir, daß Deutschland unter allen Umständen Elsaß-Lothringen verlieren sollte; von 1917 ab wollte Frankreich auch das Saarbecken haben. „Ferner“, so telegraphierte der russische Botschafter Iswolski in Paris am 13. Oktober 1924 an seinen Außenminister in Petersburg, „sei das Hauptziel Frankreichs — und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solidarisch — die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglicste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es sei notwendig, es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Die Rheinlande müßten ein „autonomischer“ Staat und der Rhein die „strategische Grenze“ Frankreichs werden.“ Weiterhin hielt es Iswolski für wahrscheinlich, daß England die Wiederherstellung der Selbständigkeit Hannovers fordern werde, auch Rußland und Frankreich kein Hindernis in den Weg legen werden, daß Schleswig und Holstein zu Dänemark kommen, „ungeachtet des zweideutigen Verhaltens der dänischen Regierung.“ Endlich werde England „eine koloniale Erweiterung auf Kosten Deutschlands verlangen, wogegen Frankreich keinen Widerspruch erhebe.“

Ähnliches führten die Feindbündnisse bezüglich Oesterreich-Ungarns im Schilde. Allerdings beklagt sich der Russe Iswolski, daß Frankreich die österreichische Frage nicht das erwartete Verständnis entgegenbringe, sich ausschließlich für Deutschland interessiere, ja in mancher Hinsicht sogar mit Oesterreich „sympathisire“. Rußland aber müsse darauf bestehen, daß die Habsburger Monarchie ein Ende bereitet werde, und daß die zu ihrem Bestand gehörigen Völkern, mit Ausnahme der Polen, zu einer „selbständigen politischen Existenz“ abgetrennt werden. Ganz besonders sei es nötig, das künftige serbische Königreich zu einem serbo-kroatischen Staat mit Einschluß Istriens und Dalmaniens zu erweitern „als notwendiges Gegengewicht gegen Italien, Ungarn und Rumänien.“

Am perfidesten benahmten sich jedoch die Ententebrüder gegenüber der Türkei. Auf der einen Seite wurde der Ruf vereinbart, die Türkei hinsichtlich ihrer künftigen Gestaltung zu „beruhigen“, andererseits aber wurde in geheim rundweg Konstantinopel mit den Dardanellen dem Jorenreich zugesprochen. Denn um dieses Zielles willen ist ja Rußland überhaupt in den Krieg getreten. Es wußte auch ganz genau, daß der Weg nach Konstantinopel über Wien führte.

Trotzdem fanden die Verbündeten den traurigen Mut, ihren Krieg als einen „Verteidigungskrieg“ umzufassen. Selten ist in der Geschichte so gelogen und gesehelt worden wie von der Entente. Die ganze Einkreisung Deutschlands und die zielbewusste Vorbereitung zum Krieg war von Anfang ab auf Eroberungen eingestellt. „Verteilung der belgischen Neutralität“, „Gerechtigkeit“, „Schutz der Zivilisation vor dem preussischen Militarismus“ — lauter eklede Redensarten, hinter denen die zügellose Gänbergiege steckte.

Und nun lese man den Eingang jener berüchtigten Mantei Note vom 16. Juni 1919, mit der man uns den Versailles Schandvertrag aufgezwungen hat. Dort heißt es u. a. „Während langer Jahre haben die Nachbarn Deutschlands, der preussischen Ueberlieferung getreu, ihre Anstrengungen vervielfacht, um sich in Europa die Vorherrschaft zu sichern.“

Das genaue Gegenteil ist wahr. Unsere verantwortlichen Regierungen hatten niemals Kriegsziele, die auf Eroberungen lauteten. Aber Frankreich, Rußland und England hatten solche Absichten. Sie waren sogar zwischen den Regierungen dieser Staaten genau vereinbart. Darum helfe jeder Deutsche mit, wenn unser neuer Reichspräsident von Hindenburg uns auffordert, „den deutschen Namen von dem ungerächten Mafel zu befreien, der heute noch auf ihm lastet.“ W. H.

### Tagespiegel

Zwischen den hinter der Reichsregierung stehenden Parteien ist eine Verständigung über die Aufstellung in Vorbereitung, die für die Geschädigten wesentlich günstiger werden soll als die Regierungsvorlage.

Die französische Regierung teilte der Regierung in Washington mit, daß sie bereit sei, in 14 Tagen die Verhandlungen über die Regelung der Kriegsschulden zu eröffnen.

Nach amtlichen Berichten hat am Mittwoch der allgemeine Angriff der Franzosen gegen die Kabylen in Marokko unter Einsetzung einer starken Artillerie und zahlreicher Fluggeschwader eingeleitet. Die Kabylen seien in kunstvoll angelegten Schützengraben verschanzt.

Die Polizei in Lissabon entdeckte in einer Bäckerei in Lissabon zwei Dynamitbomben. Fünf Bäcker wurden verhaftet. Die Beteiligten am Aufbruch vom 15. April sollen im Juni abgeurteilt werden.

### Neue Nachrichten

#### Marx Justizminister?

Berlin, 14. Mai. Reichszkanzler a. D. Marx wird am Sonntag zur Feier des Heiligen Jahrs nach Rom abreisen. Wie die Blätter melden, soll erwogen worden sein, daß Dr. Marx nach einigen Wochen der Erholung im Süden: das wichtigste Regierungsamt übernehme. Genannt wird zunächst das preussische Justizministerium, da der gegenwärtige Minister Am Zehnhoß voraussichtlich zurücktreten werde.

#### Zur Aufwertungsfrage

Berlin, 14. Mai. Reichszkanzler Dr. Luther hatte gestern Besprechungen mit Vertretern der Deutschnationalen der Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftspartei über die Aufwertung. Wie der Lokalanzeiger berichtet, soll zuerst die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien ausgeglichen werden, ehe eine endgültige Beschlussfassung vorbereitet werden könne.

#### Kommunistischer Ueberfall

Berlin, 14. Mai. Gestern nacht gegen 12 Uhr wurden in Reinickendorf drei Passanten von etwa 25 Kommunisten überfallen, niedergeschlagen und mißhandelt. In der Notwehr machte der eine ein Kaufmann, von seinem Revolver Gebrauch und gab einen Schuß ab, durch den unglücklicherweise sein Begleiter in den Bauch getroffen wurde. Die Täter entkamen.

#### Immer wieder ein Hindernis

Paris, 14. Mai. Das „Journal“ berichtet, da die französische Note über die „Kölnener Angelegenheit“ (die Räumung) erst gestern der britischen Regierung zugefleht worden sei, könne die Regierung dem Botschafter Crewe nicht schon heute die Weisung über die Lösung der Frage im Botschafterrat zugehen lassen, der Rat sei somit nicht in der Lage, jetzt schon Stellung zu nehmen. Das britische Kabinett wolle die französische Note genau prüfen.

#### Günstiger Eindruck in London

London, 14. Mai. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“ schreibt: Die britische Regierung ist gestern von dem Ansantritt des Reichspräsidenten von Hindenburg amtlich in Kenntnis gesetzt worden. Die Regierung wird nach Berlin eine höfliche Empfangsbestätigung abgeben und die in diesem Fall üblichen Glückwünsche anfügen. Die Erklärungen Hindenburgs haben in London einen außerordentlich günstigen Eindruck gemacht.

#### Die italienischen Bischöfe und das Regierungsjubiläum des Königs

Rom, 14. Mai. Nach dem „Giornale d'Italia“ haben einige Bischöfe sich an die Kurie um Weisung gewandt, ob es den Bischöfen und dem Klerus gestattet sei, an den Feierlichkeiten des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs Viktor Emanuel III. am 7. Juni, dem sogenannten Verfassungstag, zu beteiligen.

#### Moskau zum Amtsantritt Hindenburgs

Moskau, 14. Mai. Der erste Volkskommissar erklärte auf dem Kongreß der Sowjetregierung, es bestehe kein Grund zu der Annahme, daß die Präsidentschaft Hindenburgs die freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschland und Rußland ungünstig beeinflussen können. Die Beziehungen zu Deutschland seien bisher durch Freundschaft und gegenseitiges Verständnis gekennzeichnet gewesen. Rußland werde auch der neuen Regierung Deutschlands gegenüber den Grundsatz befolgen, sich nicht in die innerpolitischen Angelegenheiten einzumischen. Gegenwärtig führe Deutschland Verhandlungen mit der Entente, die nicht ohne Einfluß auf die deutsch-russi-

schen Beziehungen bleiben könnten. Er hoffe, daß der Handelsvertrag in Bälde unterzeichnet werde.

### Deutscher Reichstag

Berlin, 14. Mai.

In der gestrigen Sitzung wandte sich Abg. Jädel (Soz.) gegen Schutzzölle für die Landwirtschaft, durch die die Verbraucher belastet werden. Unter dem Kreditmangel leide die Industrie nicht weniger als die Landwirtschaft. Die Wohnungen der Landarbeiter müßten dem Mieterschutzgesetz unterstellt werden, die Landwirtschaftskammern müßten zu mindestens einem Drittel von Landarbeitern besetzt sein.

Abg. Lind (Deutschnat.) erklärte, durch Akkordlöhne könne man in der Landwirtschaft die Erzeugung nicht steigern, sondern durch eine intensive Bewirtschaftung. Die Zollfreiheit vermindere neben ihren sonstigen Schäden die Arbeitsmöglichkeit. Die Landwirtschaft müsse angemessene Preise haben; die jetzigen stehen in keinem Verhältnis zu den Preisen aller anderen Waren. Die Viehpreise liegen unter denen vor dem Krieg, die Fleischpreise seien dagegen erheblich höher als damals. Unter dem Schutzoll seien 1913 188 000 Doppelzentner Mehl eingeführt worden, 1924 ohne Schutzoll aber über 6 Millionen Doppelzentner. Pferde-, Zucht-, Wein- und Tabakbau müßten durch Zölle geschützt werden. In den Handelsverträgen müsse die Landwirtschaft ebenso berücksichtigt werden wie die Industrie. Beide müssen zusammenhalten, denn die Landwirtschaft sei der beste Kunde der Industrie. Handelsverträge wie der spanische seien unannehmbar.

Abg. Dr. Grone-Münzbrock (Zentr.) wies darauf hin, daß die Landwirtschaft die Grundlage der deutschen Volkswirtschaft sei und Weiben müsse. In einem einzigen Jahr (1924) habe sich auf der Landwirtschaft eine Schuldenlast von 3 Milliarden Goldmark angehäuft, für die ebenbürtig Zinsen bezahlt werden müßten, wie für 12 bis 13 Milliarden vor dem Krieg. Es sei ein Übel, daß die Landwirte Schulden machen müßten, um die Steuern bezahlen zu können. Noch nie sei über die Landwirtschaft eine solche Menge von Befehlen und Verordnungen niedergefallen worden wie seit der Revolution; noch nie sei aber auch die landwirtschaftliche Erzeugung so gering gewesen wie in den letzten Jahren. Die Regierung müsse sich mehr als bisher der Landwirtschaft annehmen, namentlich durch einen Zollschutz. Für Mehl und Getreide sollten Mindestzölle eingeführt werden. Wenn keine Besserung eintrete, würden wir dem Zusammenbruch unserer Landwirtschaft entgegengehen.

Abg. Hepp (D.Vp.) verlangt vom Reichsernährungsminister eine bindende Erklärung über die Regierungspläne der Landwirtschaft gegenüber. Der spanische Handelsvertrag sei ein Beispiel dafür, wie man Handelsverträge nicht machen dürfe. Viehzucht, Obst-, Gemüse- und Weinbau bedürfen dringend des Zollschutzes. Die Landwirte sollen die Hälfte der in diesem Jahr ausgenommenen öffentlichen Darlehen bis Herbst zurückzahlen. Wie sollen sie das aber bei den gegenwärtigen Preisen machen? Die Darlehen müssen unbedingt über den Herbst hinaus gestundet werden. Bei den Handelsvertragsverhandlungen sollen Sachverständige aus allen Wirtschaftsgebieten gehört werden.

Berlin, 14. Mai.

59. Sitzung. Zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts.

Abg. Lambach (Dnt.) bezeichnet als grundsätzliche Auffassung seiner Partei, daß eine wirkungsvolle Sozialpolitik im allerwenigsten durch internationale Abkommen gefördert wurde. Der Redner fordert die Gleichstellung der deutschen Sprache mit der französischen und englischen als Amtssprache. Im Verwaltungsrat müssen auch die christlichen, faschistischen und anderen gewerkschaftlichen Verbände vertreten sein, nicht bloß, wie bisher, die freigewerkschaftlichen.

Abg. Kädel (Komm.) lehnt das Internationale Arbeitsamt ab, weil es ein Institut zur Täuschung der Arbeiterklasse sei.

Abg. Erkelenz (Dem.) betont, daß die Kosten der sozialen Versicherung von allen Ländern gleichmäßig getragen werden.

Abg. Thiel (D.V.) bezeichnet die volle Gleichberechtigung Deutschlands als notwendig. Die Regierung solle in Verhandlungen über die deutsche Gleichberechtigung eintreten. Der Ratifikation weiterer internationaler Abkommen würde die Deutsche Volkspartei nicht zustimmen, wenn diese Voraussetzung nicht erfüllt werde.

Der Gesetzentwurf über den Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts und die Internationalen Arbeitsübereinkommen wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Eine Entschließung fordert, daß Deutschland baldigst in Bezug auf Amtssprache und Anstellung von Beamten den übrigen Staaten gleichgestellt wird und daß die Kinder-





